



Die humanitäre Lage in Afghanistan ist zwar schon seit vielen Jahren katastrophal.

## Ökonomischer Kollaps und humanitäre Katastrophe

**Afghanistan steht heute am Rande des Zusammenbruchs. Die Wirtschaft liegt in Trümmern und die Menschen in Afghanistan stürzen in extreme Armut. Die humanitäre Lage der Bevölkerung unter der Herrschaft der Taliban wird im Westen kaum beachtet. Von Fanny Dellinger**

Laut *UNDP*-Schätzungen werden dieses Jahr 97 % aller Afghan\*innen unter die extreme Armutsgrenze fallen, womit ihr tägliches Pro-Kopf-Einkommen unter 1,9 US-Dollar liegen wird. Dieser wirtschaftliche Zusammenbruch hat die schlimmste humanitäre Katastrophe der Welt ausgelöst. 95 bis 98 % der Bevölkerung können ihren Kalorien- und Nährstoffbedarf nicht decken. Die UNO schätzt, dass 23 Millionen Menschen unter Hunger leiden, und dass sich neun Millionen unter ihnen in einer Ernährungsnotlage befinden, also am Ran-

de einer lebensbedrohlichen Hungersnot stehen. Afghanistan ist heute das Land weltweit mit den meisten Menschen in einer Ernährungsnotlage. Eine Hungersnot wurde bis jetzt nicht offiziell ausgerufen, da zumindest prinzipiell die Versorgung mit humanitären Hilfsgütern in allen Landesteilen möglich ist. Allerdings stellt die schiere Zahl der Hilfsbedürftigen humanitäre Organisationen vor enorme Herausforderungen und es ist unklar, ob tatsächlich alle erreicht werden können.

Hunger ist für Babys und Kleinkinder besonders gefährlich. Extremere Nahrungsentzug schwächt den Körper, kann zu Entwicklungsverzögerungen führen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, an Infektionskrankheiten zu sterben. Die *Vereinten Nationen* warnen, dass in diesem Winter ohne rasche Hilfe eine Million Kinder an Hunger und vermeidbaren Krankheiten sterben könnten. Tatsächlich gibt es bereits Anzeichen für einen massiven Anstieg der Kindersterblichkeit. Den Krankenhäusern gehen bereits die Betten für die Versorgung von akut unterernährten Kleinkindern aus.

Die humanitäre Lage in Afghanistan ist zwar schon seit vielen Jahren katastrophal, doch seit dem Sommer hat sie sich noch einmal drastisch verschlechtert. Vor dem Ausbruch der aktuellen Krise war extreme Armut vor allem ein ländliches Phänomen, während sich Menschen in den Städten mit Gelegenheitsjobs durchschlagen konnten. Jetzt sind die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten verschwunden. Ländliche Gebiete sind indirekt von dem wirtschaftlichen Zusammenbruch betroffen, da viele Haushalte in ländlichen Gebieten auf die Hilfe von Familienmitgliedern angewiesen sind, die in den Städten arbeiten.

Laut *World Food Programme* hat sich die Zahl der Menschen, die für ihre Ernährung auf negative Bewältigungsstrategien zurückgreifen, seit dem 15. August 2021 verfünffacht – von 11 % auf 57 %. Zu diesen Bewältigungsstrategien gehören der Verkauf der wenigen Habseligkeiten, Eltern, die auf Essen verzichten zu Gunsten ihrer Kinder und Verzicht auf nährstoffreiche Nahrungsmittel. Zu den besonders extremen Strategien gehört, dass Menschen vermehrt ihre Nieren verkaufen – regelmäßig mit gravierenden Gesundheitsfolgen.

Wenn die derzeitige humanitäre Krise nicht überwunden wird, könnte sie mehr Menschenleben fordern als die letzten zwei Jahrzehnte Krieg zusammen. Das Projekt *Costs of War* der Brown University schätzt, dass mindestens 176.000 Menschen in dem Konflikt getötet wurden, darunter etwa 48.000 Zivilist\*innen, 69.000 afghanische Sicherheitskräfte und mindestens 53.000 Taliban-Kämpfer. Über die Zahl der Menschen, die aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sterben, gibt es nur sehr grobe Schätzungen. Da derzeit humanitäre Hilfe geleistet wird, können einige der schlimmsten Folgen, z.B. eine Hungersnot in diesem Winter höchstwahrscheinlich vermieden werden. Doch auch in einer Ernährungsnotlage, in der sich neun Millionen Menschen befinden, sterben pro 10.000 Menschen täglich ein bis zwei Menschen an Hunger oder damit verbundenen Krankheiten. Nur für die Monate von November 2021 bis März 2022 bedeutet dies 135.000 bis 270.000 hungerbedingte Todesfälle.

Im 21. Jahrhundert würde laut *UN* die weltweite Nahrungsmittelproduktion problemlos für 12 Milliarden Menschen oder mehr ausreichen. Dass dennoch Menschen am Hungertod sterben, zeugt von einem massiven politischen Versagen auf allen Ebenen.

### **Der Westen und die Ursachen der Krise**

Für die massive wirtschaftliche Krise in Afghanistan trägt der Westen die Hauptverantwortung. Zwar haben auch Maßnahmen der Taliban zur wirtschaftlichen Misere beigetragen, doch diese spielen eine eher untergeordnete Rolle. Beschränkungen für Frauen haben laut *UNDP* zu einem Wirtschaftsrückgang von 5 % beigetragen. Damit sind diese grob geschätzt für 1/8 des Gesamtwirtschaftseinbruchs von 40 % verantwortlich.

Die Islamische Republik Afghanistan gehörte zu den am stärksten von Entwicklungshilfe abhängigen Ländern der Welt. 40 % des BIP und etwa 75 % der Staatsausgaben wurden direkt von internationalen Geber\*innen, vor allem den Vereinigten Staaten, bereitgestellt. Der größte Teil dieser Gelder wurde für die afghanischen Armee- und Polizeikräfte verwendet, um den Krieg weiterzuführen. De facto wurden Afghan\*innen mit internationalen Geldern dafür bezahlt, sich gegenseitig umzubringen.

Als Präsident Ashraf Ghani am 15. August 2021 floh und die Taliban in Kabul einmarschierten, wurden die internationalen Hilfgelder sofort eingestellt. Das führte zu einem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte beispiellosen wirtschaftlichen Schock und Wirtschaftseinbruch um 40 %. Alle Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte, von denen einige zu fast 80 % abgeschlossen waren, wurden plötzlich gestoppt und internationale Finanzinstitutionen, wie die

d.h. hauptsächlich Nahrungsmittelhilfe und Medikamente. Ein erneutes Engagement der Weltbank in Afghanistan wurde durch die USA verhindert. Im Gegensatz dazu zeigen sich die europäischen Regierungen offener – vielleicht aus Angst vor einer Wiederholung der Flüchtlingskrise von 2015. Zwischen den Europäer\*innen, insbesondere Deutschen und Niederländer\*innen, und den Taliban wird bereits seit Herbst unter anderem über Unterstützung für Beamt\*innen, insbesondere Lehrer\*innen, verhandelt.

### **Sanktionen lähmen den Privatsektor**

Die Taliban gelten als Terrorgruppe und bereits 2002 wurden massive Finanzsanktionen gegen sie verhängt. Jede Zahlung an die Taliban gilt als Terrorfinanzierung. Banken, die diese Zahlungen ermöglichen, müssen in den USA mit hohen Strafen rechnen.

Seit die Taliban wieder die Regierung in Afghanistan stellen, führen diese Sanktionen zur absurden Situation, dass jegliche Zahlung an die afghanische Regierung potentiell als Terrorfinanzierung konstruiert werden kann. Wer also in Afghanistan Steuern zahlt, macht sich dafür in den USA potentiell strafbar.

Da die Talibanregierung international nicht anerkannt ist, wurden mit der Machtübernahme auch die Lizenzen der afghanischen Zentralbank bei internationalen Finanzinstitutionen widerrufen. Seither ist sie vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten. Das Zentralbankvermögen im Ausmaß von 9,4 Milliarden US-Dollar im Ausland wurde eingefroren. Gleichzeitig hat die Zentralbank Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsbanken und Privatkund\*innen in Afghanistan im Ausmaß von etwa 2,7 Milliarden US-Dollar, die sie aktuell de facto nicht begleichen kann. Auch

## Zu den besonders extremen Strategien gehört, dass Menschen vermehrt ihre Nieren verkaufen.

Weltbank, haben sich aus Afghanistan zurückgezogen. In einem von der Weltbank verwalteten Treuhandfonds für den Wiederaufbau Afghanistans wurden etwa 1,5 Milliarden US-Dollar eingefroren, die für Beamt\*innengehälter in Afghanistan vorgesehen waren. Bis jetzt wurden erst 280 Millionen US-Dollar davon an *WFP* und *UNICEF* ausgezahlt.

In den ersten Monaten nach dem Sturz Kabuls durch die Taliban vertraten die USA den Standpunkt, dass nur humanitäre Hilfe aber keine Entwicklungshilfe zulässig sei,



Afghanistan ist heute weltweit das Land mit den meisten Menschen in einer Ernährungsnotlage.

ihren wesentlichsten Funktionen, also der Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld und der Bewahrung einer gewissen Kontrolle über den Wechselkurs, kann sie nicht mehr nachkommen. Um den Wechselkurs zu beeinflussen, bräuchte die Zentralbank Zugang zu den Währungsreserven. Dann könnte sie beispielsweise Dollarreserven verkaufen und Afghani (die afghanische Währung) einkaufen, um den Wechselkurs zu stützen und die freie Konvertierbarkeit der afghanischen Währung zu gewährleisten. Die Versorgung mit Bargeld ist nicht mehr möglich, da afghanisches Bargeld nicht in Afghanistan, sondern in Europa, zuletzt in Polen, gedruckt wurde. Aufgrund der Finanzsanktionen gegen die Taliban, und weil die Zentralbank als Teil des afghanischen Staates als unter Talibankontrolle stehend gesehen wird, kann dieses Bargeld nicht mehr nach Afghanistan transferiert werden.

Um einem sofortigen Kollaps des Bankensystems in Afghanistan vorzubeugen, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. In der Praxis bedeutet das für die Menschen, dass sie jeweils nur kleine Beträ-

ge von ihren Konten abheben dürfen (und auch das nur unter erheblichen Schwierigkeiten). Die urbane Mittelschicht verlor also zu einem Zeitpunkt, an dem einem Großteil aufgrund des Kollapses des Staatssektors die Einkommen wegbrachen, auch noch den Zugang zu ihren Ersparnissen.

### **Was jetzt geschehen muss**

Die massive Wirtschaftskrise und die dadurch verursachte humanitäre Katastrophe war bereits wenige Tage nach der Machtübernahme der Taliban klar absehbar. Dennoch hat es die internationale Gemeinschaft verabsäumt, adäquat und zeitgerecht darauf zu reagieren.

Besonders absurd ist, dass die Finanzsanktionen gegen die Taliban unmittelbar die Arbeit von humanitären Hilfsorganisationen und der *UNO* massiv erschweren. Banken weigern sich, aufgrund der Sanktionen Geldtransfers nach Afghanistan abzuwickeln. Die USA versuchen jetzt nach monatelanger Verzögerung mittels Generalizen Spielraum für humanitäre Hilfe zu schaffen. Am 22. Dezember 2022 wurden beispielsweise weitreichende Lizenzen



Für die massive wirtschaftliche Krise in Afghanistan trägt der Westen die Hauptverantwortung.

für die *UNO* beschlossen. Da den afghanischen Banken allerdings das Bargeld auszugehen droht und die Zentralbank aufgrund der Sanktionen keines beschaffen darf, fliegt die *UNO* seit Ende Dezember US-Dollar in bar nach Afghanistan. Bis jetzt wurden so 512 Millionen US-Dollar ins Land gebracht.

All das ist keine umfassende Lösung. Der Zentralbank muss wieder erlaubt werden, normal zu funktionieren und die Finanzsanktionen gegen die Taliban als Terrorgruppe müssen grundlegend überdacht und an die neue Situation angepasst werden. Ein Schritt in diese Richtung wurde unter Umständen am 25. Februar 2022 mit einer Generallizenz für den Staat Afghanistan gesetzt. Der Zweck dieser Lizenz ist, dass trotz Kontrolle durch die Taliban, der afghanische Staat, insbesondere Ministerien, Institutionen wie die Zentralbank und staatseigene Unternehmen nicht als Teil der sanktionierten Taliban zu gelten ha-

ben. Ob es dadurch gelingt, die negativen Effekte für Afghanistan durch Sanktionen und den Rückzug internationaler Banken tatsächlich zu überwinden, wird sich in den nächsten Monaten weisen.

Auch die Zentralbankreserven Afghanistans müssen an die Zentralbank zurückgegeben werden, um den Bankensektor vor dem Kollaps zu bewahren und den Wechselkurs längerfristig zu stabilisieren. Dass 3,5 Milliarden US-Dollar der Zentralbankreserven, die in den USA liegen, möglicherweise (je nach Ausgang der anhängigen Gerichtsverfahren) Angehörigen von Opfern der Terroranschläge am 11. September 2001 zugutekommen könnten, wird nicht nur in Afghanistan, sondern weltweit als Hohn gesehen.

Schlussendlich ist Afghanistan dringend sowohl auf humanitäre als auch auf Entwicklungshilfe angewiesen. Die *UNO* hat einen Aufruf für Afghanistan gestartet, mit dem Ziel, die weggebrochene Unterstützung zu ersetzen. Das *Transitional Engagement Framework for Afghanistan* der *UNO* hat einerseits eine humanitäre Komponente, die sich auf 4,4 Milliarden US-Dollar beläuft. Andererseits sieht der Plan Entwicklungszusammenarbeit im Ausmaß von 3,6 Milliarden US-Dollar vor. Doch die Finanzierung dieser Hilfe ist heute noch völlig ungewiss. Für humanitäre Hilfe im Jahr 2022 wurden bis jetzt erst 564 Millionen US-Dollar bereitgestellt, also erst 12,7 % der notwendigen Summe von 4,4 Milliarden US-Dollar. Österreich hat sich 2021 mit 20 Millionen US-Dollar an der UN-Hilfe für Afghanistan beteiligt, aber für das Jahr 2022 gibt es noch kein finanzielles Commitment Österreichs.